
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

FINANZGEBAHREN DES BUND

22.12.2011

Weiter erklärte von Zech:

„Der außerparlamentarische Arm der Grünen versucht weiterhin, den Bau der A44 zu verzögern. Dabei sitzt der BUND gemütlich in seinem Büro in Frankfurt mit hervorragendem Anschluss an U-Bahn, Straße und Flugverkehr. Nur den Menschen in Nordhessen gönnt der BUND eine solche schnelle Anbindung nicht.

Lärm und Abgase werden durch die Blockadehaltung eines „Umweltverbandes“ so noch länger nah am Bürger sein, anstatt möglichst weit weg.

In der FAZ vom 14. Dezember 2011 wird ein möglicher Zusammenhang zwischen Einzelinteressen und dem Vorgehen des BUND geäußert (siehe <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/autobahn-44-wutbuerger-wehren-sich-gegen-den-bund-11562045.html>).

Der BUND sollte schnell für Transparenz sorgen, welche Motive für die Klage gegen die A44 eine Rolle spielen. Sollten es Spenden eines Einzelnen sein, dann ist das zwar nicht verboten, aber der BUND wäre den betroffenen Bürgern zumindest Transparenz schuldig.

Wir fordern den BUND auf, Klarheit zu schaffen. Wer ein so weitreichendes Verbandsklagerecht gegen Großprojekte rechtlich zugesichert hat, wie der BUND, der muss verantwortlich damit umgehen und sollte, wie eine Partei, zur Transparenz seiner Finanzen verpflichtet sein. Außerdem habe ich heute eine Kleine Anfrage eingereicht, mit der ich in Erfahrung bringen will, wie lange die BUND-Klage den unerträglichen Zustand für die Menschen verlängert und ob der Landesregierung die in dem Bericht der FAZ geäußerten Vorwürfe und vermuteten Zusammenhänge bekannt sind.“

Download der Kleinen Anfrage BUND [im PDF-Format](#).

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de